

hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein

www.du4.li Ausgabe 1/21 – Januar 2021

DU – es braucht diese Alternative!

von Harry Quaderer

Liebe Leserinnen und Leser, schon in ein paar Tagen werden Sie die Wahlunterlagen in Ihren Briefkästen haben. Ein wohl aussergewöhnlich flauer Wahlkampf zieht an uns vorbei. Verständlich. Die Corona-Pandemie, ihre verheerende Auswirkung auf Wirtschaft und Psyche lassen da die Landtagswahlen als ein Nebenschauplatz erscheinen. Nichtsdestotrotz: Der neu gewählte Landtag und die neu ernannte Regierung werden in den kommenden vier Jahren keine leichten Aufgaben vor sich haben. Nach 16jähriger Erfahrung im Liechtensteinischen Landtag und Mitbegründer der Unabhängigen für Liechtenstein im Jahre 2012 möchte ich gerne nochmals in Erinnerung rufen, warum es für Liechtenstein so wichtig ist, auch unabhängige Kräfte im Landtag zu haben.

«Es gibt eine Alternative...»

lautete die Überschrift zu meinem Leitartikel für das «hoi du» im Januar 2017. Vier Jahre später könnte ich diesen Leitartikel fast 1:1 übernehmen. In den vergangenen vier Jahren hat sich die FBP/VU-Kollegial- oder Ko-Oppositionsregierung aber wieder so viele Dinge geleistet, die unmissverständlich klar machen, wie sehr es eine Alternative braucht. Mehr denn je. Dringend. Um aus dem ewig gleichen schwarz-roten Trott rauszukommen, wählt man am besten DU. Am allerbesten schicken Sie die DU-Liste unverändert zurück bzw. am allerbesten werfen Sie die DU-Liste unverändert in die Wahlurne.

Opposition?

Dieses Wort wird derzeit vor allem von der DPL und der Freien Liste hyperinflationär herumgereicht.

Die wahren Verhinderer vieler Lösungen und sinnvoller Entscheide sind bei den Grossparteien und ihren nicht ganz so unabhängigen Abgeordneten zu finden.

Tatsache ist und bleibt, die wahre «Opposition», die mässigen Vorlagen zum Durchbruch verhalf oder das Scheitern guter Vorlagen herbeiführte, das waren die beiden Koalitionsparteien selbst. Führen Sie sich die jämmerliche Vorstellung der beiden Grossparteien in der letzten Landtagssitzung im Dezember 2020 zum Thema «AHV-Sanierung» vor Augen! Das Vorhaben der Regierung, die AHV mit den wohl einzig umsetzbaren Massnahmen für die nächsten Jahre ohne grossen Aufwand zu sichern, wurde von Rot und Schwarz in der Luft zerrissen! Die wahren Verhinderer vieler Lö-

sungen und sinnvoller Vorlagen sind bei den Grossparteien und ihren nicht ganz so unabhängigen Abgeordneten zu finden.

Noch eine Kostprobe rot-schwarzer Fehlleistungen?

S-Bahn F.L.A.CH. Da war sich unsere ko-oppositionelle Regierung, zusammen mit der möchtegern an der Regierung beteiligten Freien Liste, einig. Liechtenstein sollte der ÖBB dutzende Millionen schoppen und Boden entlang der Bahntrasse abtreten, damit sie die Strecke für mehr Güterverkehr hätte ausbauen können. Doch wie der Liechtensteiner Hausverstand weiss: «Wenn sich die Grossen einig sind, stimmt etwas nicht!» So musste es zweitens anders kommen, als man sich's erstens ausgedacht hatte. Das Volk hat den Ko-Oppositionellen eine gehörige Watsche verpasst. Die Unabhängigen haben mit ihrem Abstimmungskomitee den Grossparteien, einigen «groszkopfigen» Ex-Politikern und diversen Verbänden einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Das Kalkül der S-Bahn-Befürworter ging nicht auf, das Volk liess sich nicht in die Irre führen, sondern sagte laut und deutlich NEIN!

Gegen Postenschacherei und Filz

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler, wenn Ihnen das Kuchenverteilen zuwider ist, dann müssen Sie dem ewigen FBP/VU-Kaffeekränzchen eine Absage erteilen. Die Unabhängigen haben es sich von Anfang an auf die Fahne geschrieben, niemandem Pöstchen oder Aufträge zuzuschancen, nur weil sie so «uneigen-nützige» Parteigänger sind. Daran halten wir uns! Wir wollen keinen Parteifilz wie z.B. diesen: Ein Parteipräsident kann eine politisch unerfahrene Frau mit einer grossen Verwandtschaft im Hintergrund dafür gewinnen, als Regierungsrätin zu kandidieren. Als sie Regierungsrätin ist, ist er Kommunikationsberater und bekommt Aufträge von ihr (und anderen Regierungsmitgliedern der gleichen Farbe). Der Auftragnehmer wird wieder Parteipräsi-

dent und zeigt sich entrüstet, als die Regierungsrätin in einem Interview sagt, sie hätte grosse Lust, als Regierungschefin zu kandidieren. Es gebe da Gremien innerhalb der Partei, die so etwas entscheiden würden...

Wenn Ihnen auf den Sack geht, dass Rot und Schwarz schöne Jobs in der Landesverwaltung, in Stiftungsräten und Kommissionen und lukrative Aufträge unter sich verteilen, dann müssen Sie die DU-Liste einwerfen.

Jahre später, der Regierungsrätin wurde inzwischen vom Landtag das Vertrauen entzogen, begegnen sich die nunmehr ehemalige Regierungsrätin und ihr ehemaliger Auftragnehmer (zumindest indirekt) wieder vor Gericht, wo über das finanzielle Gebaren der ehemaligen Regierungsrätin und auch über die Aufträge und Bezüge der Firma des aktuellen Parteipräsidenten geurteilt wird...

«Bewährtes erhalten. Zukunft gestalten.»

So lautet der Wahlslogan der FBP. Was soll denn das heissen? Lassen wir doch alles beim Alten? Wählt FBP, damit wir so weitermachen können wie bisher? Inklusive Postenschacher und Parteifilz? Wäre die eigenwillige Regierungsrätin Frick nicht gewesen, hätte wohl niemand am altbewährten Schwarz-an-und-für-sich gezweifelt. Tritt etwa deshalb der verlorene Sohn aus dem Unterland den Beweis an, dass Schwarz halt doch zusammenhält wie Pech und Schwefel? Oder musste er, wie man auf Liechtensteinisch so schön sagt, «d'Hosa ahi loo», um sich wieder die Gunst und Medienaufträge seiner Partei zu sichern? Die Vaterländische Union kommt mit ihren Wahlslogans geschliffe-

ner daher. Sie hat gleich mehrere: «Vertrauen bilden. Leistung schafft Vertrauen. Für Generationen anvertraut. Gesundes Vertrauen. Selbstvertrauen». Ob man all dem wirklich vertrauen kann? Das der Regierungsrätin Frick das Vertrauen entzogen wurde (vom Landtag, mit den Stimmen aller VU-Abgeordneten), dürfte auch bei den Roten für rauchende Köpfe gesorgt haben. Hatte da nicht auch eine ihrer früheren Mandatarinnen bei Regierungsrätin Frick das Händchen ganz schön weit offengehalten? Musste diese nicht, ohne grosses Aufsehen zu erregen, eine tolles Jöblein beim Museum Knall auf Fall abgeben? Vertrauenswürdigkeit sähe anders aus.

DU wählen!

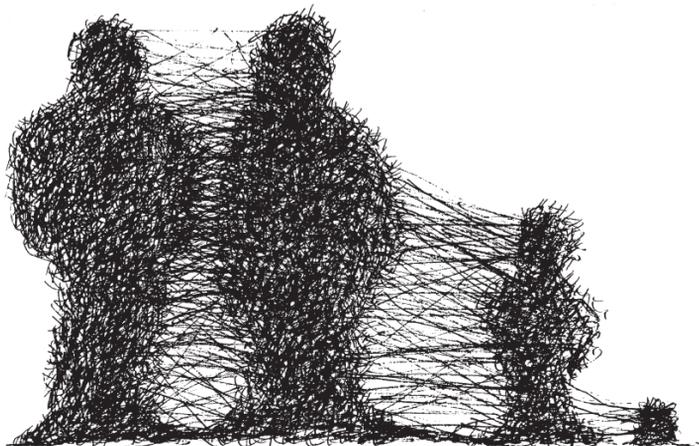
Liebe Leserinnen und Leser, bitte lesen Sie auf den kommenden Seiten die Portraits unserer fünf Kandidaten. Die Portraits werden Ihnen einen Eindruck geben, wer sie sind, was sie bewegt oder was sie schon bewegt haben.

Keiner unserer Kandidaten kommt aus der Landesverwaltung oder zapft mit direkten Schläuchen ins Regierungsgebäude Staatsgelder an.

Fünf unabhängige, selbständig denkende, selbständig in der Wirtschaft agierende Personen, die mit Fug und Recht behaupten können, ohne Nebenrücksichten das Beste für unser Land geben zu können. Keiner unserer Kandidaten kommt aus der Landesverwaltung oder zapft mit direkten Schläuchen ins Regierungsgebäude Staatsgelder an, so wie es FBP und VU und natürlich auch die Freie Liste gerne machen. Nein, unsere Kandidaten sind in jeder Hinsicht unabhängig, erwarten keine Zukunftsversprechen von ihrer Partei, entscheiden für sich selber und stehen mit beiden Füßen auf dem Boden. Unsere Kandidaten sind keine Oppositionellen um der Opposition, keine Neinsager um des Neinsagens willen – es sind Personen, die das Wohl der Bevölkerung im Auge und Sinn haben und sich auch von ganzem Herzen dafür einsetzen.

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,

ich bedanke mich für das grosse Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht und mich viermal, also für 16 Jahre, in den Landtag gewählt haben. Nachdem ich den Rückzug in den politischen Ruhestand angetreten habe, hoffe ich darauf, dass Sie auch bei diesen Landtagswahlen ihre Stimme den Unabhängigen geben, damit diese tun können, wofür sie gewählt werden möchten: Dem weiss gesprenkelten rot-schwarzen Filz entgegenwirken.



Filz hält besonders warm

EDITORIAL

Regierungswahl?

Fährt man durchs Land, könnte man den Eindruck bekommen, dass Liechtenstein sich im Wahlkampf um die Regierung befindet. Die beiden Grossparteien, FBP und VU, konzentrieren sich mit ihrer Wahlwerbung auf die so genannten «Spitzenkandidaten», die Regierungschef- und Regierungsratskandidaten. Als ob wir die Regierung direkt wählen könnten!

Am extremsten agiert die FBP: Auf vielen ihrer Plakate ist nur ihre Chefkandidatin zu sehen, daneben ist der Wahlslogan «Bewährtes erhalten. Zukunft gestalten» kaum lesbar klein und wirkt entsprechend leise. Insgesamt präsentiert uns die FBP ihre Regierungschefkandidatin als unsere Merkel/Mutti.

Auch die VU schickt ihre Regierungskandidaten an vorderster Front in den Wahlkampf, ihr Aushängeschild, der Chefkandidat, wird von zwei Amazonen unterstützt. Als Wahlspruch dient eine Spielerei mit dem Wort «Vertrauen». Mit ihren Sprüchen setzen also beide Parteien auf Beständigkeit, also auf das, was bewährt sein und Vertrauen wecken soll. Das kann nur heissen: Bewährt hat sich die Inszenierung der Landtagswahlen als Regierungswahl und das Vertrauen soll man in «Spitzenkandidaten» setzen, von denen weder in der Verfassung noch im Gesetz die Rede ist.

Qual der Wahl

Die fingierte Regierungswahl mag sich in der Vergangenheit für die FBP und VU bewährt haben, vor allem weil so die Wahlen simplifiziert werden können. Mit drei Regierungskandidaten eine Personenwahl vorzugaukeln, mag den Wahlkampf für die Strategen erleichtern, für die Wählerinnen und Wähler werden die Wahlen aber schwieriger.

Die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wählen zwar auch bevorzugt Personen, nicht Parteien. Wahllisten werden immer mehr verändert, es werden Kandidaten gestrichen und Kandidaten anderer Parteien auf die Liste geschrieben. Dieses Panaschieren widerspiegelt zwar den wachsenden Trend zur Personenwahl, aber die Regierungsmitglieder kann man trotzdem nicht direkt wählen. Für die Wähler wird so die Wahl zur Qual. Wollte man z.B. die Regierungschefkandidatin wählen, müsste man die FBP bevorzugen, auch wenn man nicht der Mehrheit der FBP-Kandidaten seine Stimme geben möchte.

Nachdem die Parteibindung immer mehr schwindet, dürfte auch das «strategische» Wählen abnehmen. Wer aber bei den Landtagswahlen konsequent Personen, und nicht eine Partei wählt, überlässt die (nur indirekt über den Landtag mögliche) Wahl der Regierung ein Stück weit dem Zufall oder dem Koalitionsge-mauschel der Wahlgewinner.

Wahlhilfe?

Kein Zufall ist deshalb, dass es seit einigen Jahren auch bei uns eine so genannte «Wahlhilfe» gibt. Auch in Liechtenstein kennt lange nicht mehr jeder jeden. Das erschwert natürlich Personenwahlen. Auf wahlhilfe.li werden die Kandidaten anhand von 53 Fragen, die zu beantworten sind, politisch sortiert. Die Wählerinnen und Wähler, die viele Kandidaten nicht mehr persönlich kennen und mit den Parteien nichts am Hut haben, können mit «Wahlhilfe» herausfinden, wessen Ansichten und Einstellungen sich am meisten mit den eigenen decken. Von «Wahlhilfe» bekommt der geneigte Wähler also Wahlempfehlungen.

Vaterland und Volksblatt, haben die «Wahlhilfe» analysiert. Anscheinend sind aufgrund der Antworten auf die 53 Fragen die meisten aller 75 Landtagskandidaten politisch in der Mitte links einzuordnen. Ausser den Kandidaten der DU. Sollte das stimmen, stellt sich die Frage, wie genau die zur Wahl stehenden Kandidaten das Volk repräsentieren? Ist Liechtenstein politisch betrachtet wirklich mehrheitlich links von der Mitte? Kann «Wahlhilfe» tatsächlich weiterhelfen? Oder hilft Wahlhilfe etwa, mehr oder weniger, ähnlich wie z.B. ein Familienoberhaupt, das die Wahlzettel des Partners/der Partnerin und/oder der Kinder zur Post bringt?

PIO SCHURTI

«Wir dürfen ruhig dankbarer sein»



Adi Wohlwend, Schellenberg

Adi Wohlwend ist bekannt als «dr Adi Moto». Er lebt seit über 51 Jahren in Schellenberg und hat zwei Söhne.

Sein Rufname Adi Moto lässt es nicht gleich vermuten, Adi ist aber ein sehr naturverbundener Mensch. Seine Grosseltern waren einfache Bauern und Selbstversorger. «Bei ihnen konnte ich schon als kleiner Bub das Anpflanzen von Obst und Gemüse üben und lernen, wie man eine kleine Landwirtschaft führt», erinnert sich Adi. Geprägt hat Adi in jungen Jahren auch seine Mitgliedschaft in diversen Dorfvereinen. Es war ihm stets wichtig, zusammen mit Freunden etwas unternehmen zu können.

Nach der Mechanikerlehre zog es Adi für einige Monate nach Brasilien. «Zum ersten Mal sah ich, wie ungerecht Gut und Geld verteilt sind. Die Schwächsten der Gesellschaft leiden unter Armut und Hunger. Bettelnde Kinder sitzen an jeder Ecke. Ein unbeschreibliches Erlebnis war für mich, als wir mit einer Horde Kinder in einen Fast Food Kiosk gingen. Der Betreiber wollte uns nicht in seiner Baracke haben, bis ich ihm einen 20 Dollarschein zeigte. Danach bestellten wir so viel zu

essen und zu trinken, bis alle hungrigen Kinder satt waren», erzählt Adi. An Weihnachten in jenem Jahr verteilten Adi und ein paar Mitreisende Grundnahrungsmittel an Bedürftige. Nicht nur die strahlenden Augen der Kinder wird Adi nie vergessen, sondern auch die Dankbarkeit der Mütter. Ihm wurde bewusst, wie schlimm es speziell für Eltern sein muss, nicht in der Lage zu sein, für die Kinder zu sorgen.

«Unvergesslich auf meiner Reise durch Brasilien bleibt auch die Bootsfahrt von Manaus nach Belem auf dem Amazonas, als die Kinder der Ureinwohner mit Flossen zum Schiff kamen und um Kleider bettelten. Erst nach meiner Heimkehr wurde mir richtig bewusst, in welchem Wohlstand und Überfluss wir leben. Das ist nicht selbstverständlich und wir dürften ruhig dankbarer dafür sein», sagt Adi.

Mit 30 Jahren gründete er seine eigene Firma. Im gleichen Jahr wurde sein ältester Sohn geboren. «Dass meine Frau zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, war mir wichtig», erklärt Adi. «Leider ist das heute fast nicht mehr möglich. Zu viele Familien sind auf die Löhne von beiden Elternteilen angewiesen. Oft wird davon geredet, dass speziell für die Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden sollte. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wir müssten uns aber bewusst sein, dass viele Frauen Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen», gibt Adi zu bedenken. «Sie müssen, weil die Familien Lohn von Vater und Mutter braucht, aber nicht, weil die Familienarbeit zu wenig ist.»

Als 34-jähriger wurde Adi in den Schellenberger Gemeinderat gewählt und war in diversen Kommis-

sionen tätig. «Neben Familie und Politik ist der Motorradrennsport meine grosse Leidenschaft», erklärt Adi. «Zuerst als Mechaniker, später als Teamchef und als Rennfahrer war ich auf Rennplätzen in der ganzen Welt anzutreffen. Heute bin ich als Fahrinstructor tätig, vermiete Rennmotorräder und organisiere Renntrainings, im In- wie im Ausland.»

Zu seiner Kandidatur erklärt Adi: «Das politische Geschehen in der vergangenen Legislatur sowie die Abstimmungen über die «Tour de Ski» und die S-Bahn, motivierten mich für eine Kandidatur. Ich bin seit der Gründung stolzes, überzeugtes Mitglied der Unabhängigen. Unsere Politik braucht keinen Fraktionszwang oder gar parteipolitische Mogelpackungen. Gesunde Politik braucht eine starke Opposition.»

«Die Politik unseres Landes darf nicht zu Lobbyismus, Günstlingspolitik und Vetternwirtschaft verkommen, sondern soll sich an seinen Grundwerten orientieren. Soziale Gleichberechtigung der Familien, Förderung der Jugend, Erhaltung unserer Kultur, Förderung und Stärkung der KMUs, eine grössenverträgliche Wirtschaft sowie ein schlanker und effizienter Staatsaushalt sind mir die grössten Anliegen!» sagt Adi Wohlwend. In diesen Bereichen möchte er sich besonders einsetzen.

«Immer höher, weiter, breiter, grösser ist nicht immer das Beste für Liechtenstein, davon bin ich überzeugt. Wir müssen Sorge tragen zu dem, was unsere Eltern und Grosseltern für uns aufgebaut haben und aus diesem Land gemacht haben.» Mit diesen Worten macht Adi Wohlwend klar, was er unter bodenständig und nah am Volk versteht. (ps)

eines überwiegenden öffentlichen Interesses eingeschränkt werden.

Gesellschaftlich bzw. gesellschaftspolitisch bedeutet in einer freiheitlichen Demokratie zu leben für uns, dass das Individuum grundsätzlich frei ist in seiner Lebensgestaltung. Der Staat soll nicht einmal lenkend eingreifen (z.B. sollen Paare, die sich für die Eheschliessung entscheiden, steuerlich weder begünstigt noch benachteiligt werden.)

Aussenbeziehungen

Liechtenstein überschätzt sich auf dem Parket der Weltpolitik. Egal wie gut wir mitspielen, wir spielen bestenfalls eine Statistenrolle. Das ist normal. Wir sind ein kleines Land. Nicht normal ist, wenn argumentiert wird, Liechtenstein könne in diesem oder jenem Bereich Vorbild sein. Das ist grössenwahnsinnig, denn ein Land von Liechtensteins Grösse kann schlechterdings nicht Vorbild sein für x-hundert Mal grössere Länder.

Die Unabhängigen möchten Liechtensteins Aussenpolitik hinterfragen. Zum Beispiel: Wo brauchen wir wirklich eine Botschaft bzw. eine diplomatische Vertretung? Auch in Strassburg?

Liechtenstein sollte die Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn, insbesondere zur Schweiz, besser pflegen. Im Kampf gegen die Corona-Pandemie konnten wir wieder einmal sehen, wie sehr wir uns auf unseren Zollvertragspartner verlassen können. Die Vorgänge rund um die «S-Bahn» haben gezeigt, dass auch unsere Beziehungen zu Österreich verbessert werden müssen. Und wann hat unsere Regierung sich mal in Sachen Corona-Pandemie mit den Kollegen in Wien und Bern unterhalten? Unserer Regierung fehlte in den letzten Jahren der gute Draht zu den Nachbarn.

Wirtschaft

Wir sind stolz darauf, dass in unserem Team so viele Wirtschaftsvertreter (Unternehmer, selbständig Erwerbende) für den Landtag kandidieren.

Wir sind uns einig, dass der Wirtschaft am besten gedient ist, wenn es gelingt, Bürokratie und Überregulierung abzubauen. Die

Ein fortschrittlicher Konservativer



Caspar Hoop, Eschen

«Manchmal kommt mir vor», sagt Caspar Hoop, «unser gesellschaftliches Leben wird immer zweidimensionaler. Das Leben findet vielfach nicht mehr in der direkten Begegnung mit andern statt. Wir leben und arbeiten immer mehr im virtuellen Raum und ohne dauerndes Handy-wischen scheint den Leuten etwas zu fehlen.»

Die gegenwärtige Situation gibt Caspar natürlich recht. Sogar der Wahlkampf wurde praktisch ganz in den virtuellen Raum verlegt. «Wie kann man als Wähler einem Politiker noch so richtig auf den Zahn fühlen, wenn man ihn nicht mehr treffen und mit ihm reden kann?», fragt sich Caspar Hoop. Er ist alles andere als glücklich über diese Situation und möchte unser gesellschaftliches Leben und auch die Politik möglichst dreidimensional im Austausch mit den Menschen gestalten.

Ohne Exaktheit und analytisches Denken geht es in Caspars Beruf nicht. Konkret hat er in seiner Firma lange Jahre Mess- und Sortierautomaten gebaut, die weltweit im Einsatz sind. In jüngster Zeit hat er mit einem Geschäftspartner einen neuen Geschäftszweig angefangen, nämlich das Vakuum-Guss-Verfahren für die Herstellung von Prototypen, Design- und Funktionsmodellen aus verschiedenen Kunststoffen.

Auf die Frage, warum er als Ingenieur sich überhaupt in der kaum berechenbaren Politik abmühen will, antwortet Caspar Hoop: «Weil es interessant ist und in der Politik ein möglichst breites Spektrum der ganzen Bevölkerung in der Volksvertretung vertreten sein sollte, also auch Naturwissenschaftler, Techniker, Ingenieure etc. Auch sie sollten ihr Fachwissen und ihr spezielles Können einbringen und die Zukunft mitgestalten.»

Caspar ist überzeugt: «Ich denke, der Erfindergeist und die Problemlösungsstrategien von Wissenschaftlern und Ingenieuren könnten auch in der Politik vieles bewegen. Es ist nicht sinnvoll, wenn Wissenschaftler

und Techniker die Politik zum Beispiel nur den Politologen und Juristen oder Bürokraten überlassen.»

«Unbestritten ist doch, dass nicht zuletzt Fortschritte in Wissenschaft und Technik uns Wohlstand, ein angenehmes tägliches Leben gebracht haben, was vielfach als selbstverständlich angenommen wird», hält Caspar fest.

Doch diese Fortschritte hätten nicht nur Vorteile gebracht. Die Politik und das gesellschaftliche Zusammenleben hätten mit der positiven technischen Entwicklung nicht Schritt halten können.

Trotz Innovationsfreude und Offenheit für technische Entwicklungen ist Caspar Hoop eigentlich ein Mann der alten Schule. Das ist kein Widerspruch. Er ist konservativ, aber ganz gewiss nicht altmodisch. Er ist ein Bewahrer, weiss aber als Ingenieur, dass nichts so beständig ist wie der Wandel. Das Leben strebt nach dem Neuen, Besseren.

«Zwischenmenschlich», sagt Caspar, «sind wir stecken geblieben oder haben sogar Rückschritte gemacht.» Es sei doch paradox, dass ausgerechnet in unserer Zeit, in welcher uns zig Kommunikationsmittel zur Verfügung stehen, die gegenseitige Verständigung immer schwerer falle. Man sei dauernd online, höre und sehe dauernd Nachrichten aus aller Welt, auch viele unnütze Informationen, aber gleichzeitig zerfalle die Gesellschaft in immer mehr Gruppierungen, die einander nicht mehr verstehen oder einander gar misstrauen.

Als Mensch mit einem humanistischen Weltbild beschäftigen ihn auch wirtschaftliche, sozial- und gesellschaftspolitische Entwicklungen, weltweit wie auch in Liechtenstein, die am Horizont zu sehen sind und die ihn nicht optimistisch stimmen. Wie er sagt: «Liechtenstein ist keine Insel.»

Als Unternehmertyp, der seit über 30 Jahren Höhen und Tiefen der Selbstständigkeit mitgemacht hat, ist es Caspar ein Bedürfnis, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und seine Erfahrungen, auch aus fremden Ländern, einzubringen. Er war schon immer politisch interessiert und engagiert. Als Berufsmensch hat er, anstatt in den Ruhestand zu gehen, mit etwas Neuem angefangen. Auch politisch sieht er die Zeit für seine Pensionierung noch nicht gekommen. Im Gegenteil: Jetzt möchte er seine vielschichtige Erfahrung als Volksvertreter zum Wohle der Allgemeinheit einbringen. (ps)

Unsere Positionen

«Die Mitglieder des Landtages stimmen einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung (Art. 57LV) und geloben «das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern» (Art. 54 LV).

Diese Verfassungsbestimmung gilt nicht nur für Landtagsabgeordnete, gemäss Statuten der Unabhängigen ist sie deren massgebender Leitsatz. Der Leitsatz umschreibt, wie wir denken und handeln, nicht was wir tun wollen. Wir sind uns einig über die Art und Weise, wie die anstehenden Aufgaben anzupacken sind, nämlich:

1) pragmatisch anstatt mit parteiischen oder privaten «Nebenrücksichten»,

2) zielstrebig und geradlinig anstatt mit parteipolitischen Winkelzügen und Hakenschlägen,

3) vom gesunden Menschenverstand anstatt politischer Korrektheit geleitet,

4) mit dem Wohl der Allgemeinheit fest im Auge anstatt auf Partikularinteressen schiehend,

5) zupackend anstatt zaudernd.

Wie unser Name «du – die Unabhängigen für Liechtenstein» sagt, sind wir keine Einheitspartei, sondern eine Gruppe von selbständig denkenden und handelnden Personen, die sich zusammengefunden haben, weil wir ähnliche Ansichten haben, was die wesentlichen Staatsaufgaben betrifft.

In der Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts nach den letzten Landtagswahlen 2017 wurden unser «Wahlprogramm» bzw. unsere fünf «Positionen» gelobt. Die Unabhängigen bleiben auch

für die kommende Legislaturperiode ihrer Linie treu und ändern ihre Richtung nicht! In folgenden Bereichen werden wir uns besonders engagieren:

Landespolitik

Wir leben in einer freiheitlichen, direkten Demokratie. Politisch bedeutet dies für uns, dass wir Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner möglichst «direkt» unser Zusammenleben organisieren und gestalten können. Es ist selbstverständlich, dass sich das Volk vertreten lässt, es soll unseres Erachtens aber wann immer nötig oder gewünscht direkt, also via Abstimmung, selber entscheiden. Wir halten es für grundfalsch, Landesangehörige, die Unterschriften für ein Referendum sammeln, als Neinsager abzustempeln.

Dementsprechend werden wir wie schon in den vergangenen Jahren den Regierungsparteien und ihren Mitläufern auf die Finger schauen und ihre Entscheidungen, insbesondere Finanzbeschlüsse und Verpflichtungskredite, hinterfragen und dem Volk das letzte Wort erteilen.

Der Verpflichtungskredit von CHF 65.5 Millionen zum Neubau des Landesspitals wurde trotz unserer Opposition angenommen, nachdem wir dem Volk die Möglichkeit für einen demokratischen Entscheid geschaffen hatten. Gegen die Verpflichtungskredite betreffend «Tour de Ski» und «S-Bahn» ergriffen wir das Referendum und waren erfolgreich. Für uns ist es äusserst wichtig, die direkt demokratischen Mittel unserer Verfassung zu nutzen und das Volk Liechtensteins bei wichtigen Entscheidungen mitwirken zu lassen.

Was die Wirtschaft betrifft, stehen wir für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung und sind bestrebt, die überbordende Regulierungsdichte einzudämmen. Die private Wirtschaftsfreiheit soll beispielsweise nicht einfach automatisch durch die Übernahme von Regelwerken von aussen vermindert werden, sondern darf nur bei Bestehen

Corona-Krise hat gezeigt, dass grenzüberschreitend home-office-Lösungen gefunden werden müssen – dies nicht zuletzt, weil in den Büros unseres Landes auch sehr viele Pendler arbeiten. Die Unabhängigen werden sich für entsprechende Lösungen einsetzen.

Aufträge, insbesondere staatliche, sollen möglichst im Land vergeben werden. Liechtenstein beschäftigt ebenso viele Menschen, wie es Einwohner zählt. Ist das ein (wirtschaftlich) gesundes Verhältnis? Und wie sieht dieses Verhältnis im Vergleich zu den Aufträgen aus, die ins Ausland vergeben werden? Die Regierung soll eine Studie erstellen, wie es in unseren Mittel- bis Grossbetrieben um das Verhältnis zwischen geschaffenen Arbeitsplätzen und Steuersubstrat steht.

Liechtenstein ist Mitglied im EWR, in der UNO, der WTO und anderen internationalen Organisationen und habe deshalb viele hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Damit wird die Grösse des Staatsapparates begründet. Hier stellt sich die Frage: Müssen wir überall dabei sein, schaffen wir uns mit der Übernahme von vielen Regulierungen, die nicht unbedingt für das Funktionieren unseres Staates notwendig sind, eventuell unnötige

Arbeit und damit zusätzliche Stellen? Die Landesverwaltung wird immer grösser und ist auf dem besten Weg der grösste Arbeitgeber in unserem Land zu werden. Wollen wir das bzw. können wir uns das überhaupt leisten?

In unserer Landesverwaltung arbeiten immer mehr Grenzgänger und Ausländer, muss das sein? Bei der Vergabe von Arbeitsstellen in der Landesverwaltung hat Inländervorrang zu gelten. Was bringt es unserem Land, wenn es für Pendler und Zuzüger immer mehr Arbeitsplätze schafft?

Die staatlichen Unternehmen wie Landesbank, LKW, Post, Telekom etc. müssen effizienter geführt werden. Eine Fokussierung auf die Kernkompetenzen wie den Service Public ist angezeigt. Oder die Regierung sollte sich grundsätzlich Gedanken darüber machen, sich von sämtlichen staatsnahen Betrieben, die nicht als «Staatsgeschirr» bezeichnet werden können, zu trennen. Auf keinen Fall sollte der Staat weitere Betriebe (z.B. Malbun-Bahnen) übernehmen.

Bildung

Wir stehen zum dualen Bildungsweg und sprechen uns klar gegen die zunehmende Akademisierung der Bildung aus. Der duale

«Ich bin Unternehmer, kein Unterlasser»



Gregor Ott, Schaun

Auf ersten Blick ist man vielleicht geneigt, Gregor Ott als «Körnli-picker» oder Grünen der ersten Stunde einzuordnen, da er einen Bart trägt. Damit folgt er aber weder dem Vorbild eines Alpöhis noch dem Trend der letzten Jahre. Hinter Gregors Bart steckt eine ganz andere Geschichte: Das erste Mal liess er sich den Bart im November vor etwa 15 Jahren wachsen, als er in Australien beim Fundraising zugunsten der Erforschung und Vorbeugung von Prostatakrebs mitmachte. Down Under – wie auch in rund 20 anderen (meist anglophonen) Ländern – lassen sich Männer im «Movember» den Schnauz (moustache) oder Bart wachsen und sammeln so Spenden zugunsten der Förderung der Männergesundheit. Gregor zeigte so seine Solidarität und fand dann Gefallen an seiner Gesichtsbehaarung, die mit den Jahren zu einem stattlichen Bart heranwuchs.

Die Auslandsaufenthalte veränderte Gregor nicht nur äusserlich, sein langer Aufenthalt und mehrere ausgedehnte Reisen in Australien lehrten ihn noch einiges mehr. In Australien sei er kontaktfreudiger, offener geworden. «Schon am ersten Tag in Australien fiel mir auf, dass die Australier sich schon bei der ersten Begegnung mit einem wildfremden Menschen auf ein Gespräch einlassen», erinnert sich Gregor. Die Australier seien aber keineswegs einfach nur neugierig oder oberflächlich, sie interessieren sich echt für die Menschen: «In Australien fühlt man sich schnell wohl und aufgenommen.» Dies habe er erst gemerkt, als er wieder nach Liechtenstein zurückkehrte. Wie viele andere machte er die Erfahrung, dass man Kulturschocks nicht «in der Fremde» erlebt, sondern wenn man wieder nach Hause kommt. «In Liechtenstein hatte ich das Gefühl, dass mich manche Leu-

te komisch anschauen, wenn ich bei einer ersten Begegnung ähnlich Gesprächig war, wie ich es mir in Australien angewöhnt hatte», erinnert sich Gregor. Durch seine Auslandsaufenthalte habe er die Liechtensteiner und somit wohl auch sich selber besser kennengelernt.

Während des Interviews erwähnt er mehrmals in unterschiedlichen Zusammenhängen, die Liechtensteiner seien «keine lauten Leute». Da hat er wohl recht. Der hiesige Menschenschlag ist vergleichsweise zurückhaltend, gibt sich eher bedeckt. «Vielleicht ist das ein Erbe, das wir von einem der ältesten Liechtensteiner, dem Neid, bekommen haben», meint Gregor. Da wolle man vielleicht lieber nicht allzu offen zeigen, «was man hat», um ja keinen Neid zu wecken. «Vielleicht, sagt Gregor, will oder muss man in einem kleinen Land wie Liechtenstein die Privatsphäre mehr schützen als in einem grösseren Land, in dem man anonym ist oder gar in der Menge untergeht.»

Das stellt sich die Frage, warum Gregor denn in die Politik will? «Ich will, dass es Liechtenstein gutgeht und ich bin bereit, einen Beitrag zu leisten», erklärt Gregor. In Schaun kennt man Gregor denn auch als engagiertes Mitglied der Kultur- und Wahlkommission. Er bringt seine Ideen ein und packt gerne mit an, egal was es zu tun gibt. Oder in seinen Worten: «Ich bin ja Unternehmer, kein Unterlasser.»

Auch privat ist Gregor ausgesprochen «unternehmungslustig». Das ist allein aus seinem Bildungsweg ersichtlich. Ursprünglich machte er eine Lehre als Polymechaniker mit Berufsmaturität und war mehrere Jahre auf diesem Beruf tätig. Daneben bildete er sich zum technischen Kaufmann und dann zum Marketingplaner weiter. Über das Marketing geriet er dann in die Gesundheitsbranche. Seit ein paar Jahren ist er Inhaber eines Handelsgeschäfts für natürliche Nahrungsergänzungs- und Gesundheitsprodukte. Unter anderem produziert und vertreibt er Kissen mit einer Arven-Schafwoll-Füllung für einen tiefen und erholsamen Schlaf.

Je mehr man im Gespräch über Gregor Ott erfährt, umso mehr bestätigt sich der erste Eindruck, den man von ihm hat: Gregor ist ein ausgesprochen Individualist mit einer ausgeprägten sozialen Ader. (ps)

Bildungsweg kommt nicht nur dem Individuum, sondern auch der Wirtschaft zugute. Es ist eine Fehlentwicklung, wenn von Kindergärtnerinnen eine Matura verlangt wird. Es ist ebenso eine Fehlentwicklung, wenn Schüler nach der Matura eine Lehre absolvieren. Der Staat sollte konsequenterweise mehr in die duale Ausbildung (Schule und Berufslehre) investieren.

Die oben genannten Fehlentwicklungen sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass das Bildungswesen von einer aufgeblähten, übergrossen Schulbürokratie geleitet wird. Liechtenstein hat sich auf weitgehende Schulautonomie geeinigt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das Schulamt stark reduziert oder abgeschafft werden kann und soll.

Die Unabhängigen begrüssen es, dass die Universität Liechtenstein ihr Bildungsangebot in den letzten Jahren verstärkt auf die Bedürfnisse des liechtensteiner Arbeitsmarktes ausgerichtet hat. Wie die hohe Anzahl von Studenten aus dem Ausland bestätigt, ist das Studienangebot der Universität trotzdem weit über unser Land hinaus attraktiv.

Soziales und Gesundheit

Unsere Gesundheit ist ein hohes Gut. Sie darf dementsprechend auch etwas kosten. Man darf wohl sagen, dass wir alle bereit sind, recht viel für unsere Gesundheit auszugeben. Das sieht man alleine schon

daran, wie viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner privat versichert sind.

Die Unabhängigen wollen ein hervorragendes Gesundheitssystem, das gleichermaßen auf Eigenverantwortung und Solidarität aufbaut. Im Gesundheitswesen (ambulante und stationäre Behandlungen) besteht eine Umverteilung von Reich zu Arm, rund CHF 70 Mio. werden über Steuern finanziert. Die Hochkostenversicherung (also die Versicherung für sehr kostspielige medizinische Eingriffe) wird grösstenteils aus Steuern finanziert: Etwa 1 % der Steuerzahler finanzieren 50% der Gesundheitskosten.

AHV und Krankenkassen sind Sozialleistungen im Umkehrverfahren. Vereinfacht gesagt, zahlen die jungen Leute ein, damit diese Leistungen für die ältere Generation erbracht werden können. Das ist richtig so. Die Überalterung verursacht aber hohe Kosten. Die Familienpolitik hat diesem Umstand gerecht zu werden. Die öffentliche Hand soll die jüngere Generation, vor allem Familien dabei unterstützen, die sozialen Einrichtungen wirtschaftlich in Schuss zu halten, so dass der Generationenvertrag auch in Zukunft eingehalten und umgesetzt werden kann.

Die Unabhängigen setzen sich dafür ein, dass die AHV auch in Zukunft für alle gesichert ist. Allgemein müssen wir zu unseren sozialen Institutionen wie die AHV Sorge tragen und sicherstellen, dass sie auch unseren Urenkeln zur Verfügung stehen.

Liberaler Werte – in Stein gemeisselt



Ado Vogt, Schaun

Aufgewachsen bin ich im Brüel in Balzers. In unserem Quartier gab es viele Kinder im gleichen Alter, gespielt wurde auf der Strasse, die oft kurzerhand zum Fussball- oder Tennisplatz umfunktioniert wurde. Da es keinen Durchgangsverkehr gab, nahmen die Anwohner Rücksicht und fuhren Slalom durch unsere «Spielplätze». Es war eine herrliche Zeit.

An Wochenenden und in den Ferien durfte ich viel Zeit bei den Grosseltern mütterlicherseits verbringen, die jahrelang Alpen in der Schweiz bewirtschafteten und im Alter immer noch viel Zeit auf Alpen und in Alphütten verbrachten. Dort lebte man spartanisch, Wasser wurde im Brunnen zwischen Hütte und Stall geschöpft, Strom gab es nur aus der Batterie und Licht wurde mit Petrollampen erzeugt. Dem Bauer, der auf der Sommerweide die Kühe sömmerte, durfte man helfen, etwa den Stall auszumisten oder die Melkmaschine zu bedienen. Noch heute wandere ich gerne durch diese Alpen. Eine prägende Zeit.

Das Studium der Internationalen Wirtschaftswissenschaften absol-

vierte ich in Innsbruck und in den Vereinigten Staaten. Obwohl ich vorher schon viele Reisen machen konnte, war ich erst im Studium so richtig weg von zu Hause und lernte, mich in einem neuen Umfeld zu behaupten. Nach dem Studium arbeitete ich für kurze Zeit in der gewerblichen Industrie, bis mich dann, entgegen meiner Absicht, der Ruf der Steinbranche weckte: Es galt, einen Betrieb in Zürich als Geschäftsführer zu übernehmen.

Ich wuchs in einer «Steinfamilie» auf, Grossvater Edwin Vogt war Steinmetz, mein Vater, mein Onkel, mein Bruder und mein Cousin waren oder sind immer noch in der gleichen Branche tätig. Dennoch hatte ich mich eher in der klassischen Industrie gesehen. Doch in bester Tradition der Steinmetze, die seit je als besonders unabhängig und Stolz auf ihren Beruf gelten, wollte ich es mir beweisen. Mittlerweile bin ich zurück in Liechtenstein, führe mein eigenes, kleines Unternehmen, berate Bauherren und Generalunternehmer und führe selbst kleinere Projekte aus.

Nach vielen Jahren, die ich nun direkt oder indirekt in der Steinbranche tätig bin, stelle ich immer wieder fest, mit welcher Schönheit der Natur ich direkt in Berührung komme: Steine aus der ganzen Welt, in einer Vielfalt, Farbenpracht, die man sich fast nicht vorstellen kann. Mein Interesse an Geschichte und Geographie, an Reisen und Fremdsprachen kombiniert sich und hat meine Leidenschaften zu einem der schönsten Berufe gemacht, den ich mir nur erträumen kann. Wenn ich etwa in Italien Marmor einkaufe, so besuche ich in der Toskana nicht nur

Steinbrüche, sondern begegne jedes Mal der einzigartigen Steinmetztradition solcher Städte wie Florenz, Carrara und Lucca. Geschichte in Stein gemeisselt!

Hier schliesst sich der Kreis: ich bin in einer liberalen Unternehmerfamilie aufgewachsen. Wichtig war uns immer, selbstständig zu sein, mit wenig Einschränkungen, aber auch ohne übertriebene Ansprüche an den Staat. Diese Werte vertritt er seit vier Jahren im Landtag. Ich bin fest davon überzeugt, dass jedes zusätzliche Gesetz Aufwand und somit Kosten verursacht. Der Staat soll zwar Rahmenbedingungen schaffen, aber sich keinesfalls zu sehr ins tägliche Leben einmischen. Wertschöpfung, Innovation und somit Steuereinnahmen werden in der Privatwirtschaft generiert, nicht in der Politik, in der Verwaltung oder in Nichtregierungsorganisationen. Ich plädiere seit jeher, die laufenden Staatsausgaben einzuschränken, keinesfalls auszubauen.

Für meine Haltung gibt es einen einfachen Grund: Wenn man jemandem einen Franken gibt und danach – wegen etwa durch eine Krise verursachte Sparmassnahmen – wieder 10 Rappen wegnimmt, wird man sich nur an die 10 Rappen erinnern. Die 90 Rappen, die man bekommen hat, werden als selbstverständlich angeschaut. So kommen mir oft die Diskussionen im Landtag vor. Für jede zusätzliche Aufgabe des Staates braucht es automatisch mehr Stellen, mehr Budget, mehr Büros. Dass die Mehraufgaben durch Gesetze entstehen, die oft der Verwaltung entspringen, ärgert mich am meisten. (Ado Vogt)



Pio Schurti, Triesen

Kandidiert man für den Landtag, muss man sich ausweisen und vorstellen. Zuerst wird die Identität eines jeden Kandidaten amtlich festgestellt. In meinem Fall sah das so aus: Pio Schurti, geb. 8. Juni 1964, wohnhaft in Triesen, neu (als Kandidat). Dazu gibt es ein Portraitfoto, das für einen Ausweis nicht geeignet wäre (für ein Passfoto darf man bekanntlich weder in die Kamera lächeln noch vor einem Hintergrund stehen).

Um sich den Wählerinnen und Wählern vorzustellen, wäre ein Selfie vor einem passenden Hintergrund natürlich besser geeignet. Auf den wenigen Selfies, die ich gemacht habe, bildet die Natur den Hintergrund, meist eine Berglandschaft oder ein Gewässer, oft sind auch Tiere im Bild. Ich mag Tiere. Die Natur wirkt immer im Hintergrund – natürlich bei uns allen. Die Natur hat auch meine Weltanschauung geprägt. Die Natur ist nicht einfach die Umwelt, die wir zu schützen haben, wir sind Teil der Natur, sie ist Mitwelt. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, dass ich Wildnis einem gepflegten Garten vorziehe. Die alte Lehre «Macht euch die Erde untertan» ist mir genauso suspekt wie etwa das moderne «Wildtiermanagement».

Nicht von ungefähr wurde ich durch ein Naturthema «politisiert».

Politisches Selfie

Noch als Teenager sammelte ich Unterschriften, als eine Gruppe das Referendum gegen neue Waldstrassen ergriff. (Übrigens: Wir waren erfolgreich. Die Triesener lehnten die neuen Waldstrassen ab.)

Ebenfalls noch bevor ich das Stimm- und Wahlrecht erreicht hatte, engagierte ich mich in der Bildungspolitik. Ich ging nicht nur immer gerne in die Schule, sondern fasste mich als Klassen- oder Schulsprecher auch mit Schulreformen. Ich hatte immer den Eindruck, dass sich die Bildungsbehörden gerne selber gute Noten geben, obwohl gute und motivierte Lehrer die entscheidende Voraussetzung sind für gute Schulen sind. Weshalb gelingt es nicht, mehr junge Studierende für den Lehrerberuf zu begeistern bzw. im Beruf zu halten? Es ist die überbordende Bildungsbürokratie, die nicht zuletzt den guten Pädagogen ihren Beruf verleidet.

Die Sorge um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Hoffnung auf eine gute Bildung und eine sinnstiftende Arbeit für die Jugend beschäftigt jede Familie. Nicht umsonst scheint die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der grosse Hit bei allen Parteien zu sein. Man fragt sich dann einfach, weshalb wir noch keine Ganztageschulen haben, die ihren Namen verdienen, und Kitas noch immer kostenpflichtig sind.

Die Koalitionsparteien haben im Dezemberlandtag bewiesen, dass sie entweder nicht fähig oder nicht willens sind, längst erkannte Probleme zu lösen. Seit Jahren kennt man z.B. Möglichkeiten, wie die AHV saniert werden könnte, allein es fehlt der Mut. Anstatt eine echte Lösung zu verabschieden, bewilligte der Landtag einfach mal 100 Mio. Franken und delegierte die Sanierung der AHV an den neuen Landtag. Das muss man leider als typisch liechtensteinisch bezeich-

nen: Solange Geld da ist, stopft man Löcher einfach mit Geld, ohne die Probleme dahinter zu lösen.

Im Bereich Gesundheit nimmt zurzeit die «Corona-Pandemie» unser aller Aufmerksamkeit in Beschlag. Die Massnahmen am Anfang waren wohl richtig und abgestimmt mit unseren Nachbarn. Das Geraune, ob Masken etwas nützen oder nicht, dann die – wie sich herausstellte – zu früh bewilligten Grossveranstaltungen im Sommer und zuletzt das Werweissen wegen der Impfkampagne haben wenig geholfen, die Menschen zu einem vernünftigen Handeln und gegenseitiger Rücksichtnahme zu bewegen.

Land und Gemeinden haben sich verpflichtet: Allen, die wegen der Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie schwere ökonomische Einbrüche erleiden müssen, soll geholfen werden. Wir müssen Land und Gemeinden beim Wort nehmen.

So sieht, grob skizziert, der politische Hintergrund, hinter meinem Selfie aus.

du

die Unabhängigen – für Liechtenstein

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti

Adresse:

du – die Unabhängigen

Landstrasse 60

Postfach 442

9490 Vaduz

www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 20'500 Exemplare

Was zeichnet einen Oppositionspolitiker aus?

von Ado Vogt

Diese Frage habe ich mir in den letzten vier Jahren des Öfteren gestellt. Mit den Erfahrungen, die ich in meiner Arbeit als stv. Abgeordneter und Mitglied in diversen Kommissionen gesammelt habe, fällt die Antwort nicht anders aus als vor Antritt meines Amtes.

In der Opposition gilt die Maxime, keinesfalls einen politischen Entscheid für den eigenen (finanziellen) Vorteil zu nutzen. Damit meine ich, dass das eigene wirtschaftliche Weiterkommen oder die Aussicht auf ein Amt oder einen Posten Entscheidungen nicht beeinflussen dürfen.

«Die Mitglieder des Landtages stimmen einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung (Art. 57LV) und geloben «das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern» (Art. 54 LV).

So verlangt es die Verfassung von allen Landtagsabgeordneten. Es ist klar, lebt man dieser Haltung nach,

steht man nicht selten als so genannter «Neinsager» da. Den Miesepeter zu spielen ist in einem kleinen Land wie Liechtenstein natürlich alles andere als angenehm. Auch als Oppositionspolitiker denkt man sich manchmal: Komm, fordere einfach mehr Geld für alle, dort eine Stelle mehr, dort eine Budgeterhöhung, dort gar die Einführung einer neuen Stabsstelle oder Schaffung eines neuen Amtes – du brauchst Dir das Leben ja nicht selber unnötig schwerzumachen.

Dies widerspricht aber allem, wofür die Unabhängigen stehen. Wir glauben an die Selbstverantwortung der Bürger, an eine freiheitliche Ordnung, einen Staat, der sich auf die Kernaufgaben besinnt und nicht selbst auf Teufel komm raus Unternehmer spielen muss.

Wir haben uns im Sinne der Bürger bei Abstimmungen klar positioniert und bemerkenswerte Resultate erzielt. Dabei war es mir immer wichtig, auch den Menschen eine Stimme zu geben, die sich ansonsten im

politischen Betrieb nicht genügend repräsentiert fühlen.

Dass Parteien, der Landtag, die Regierung (samt Ämtern) mehrfach falsch lagen, zeigt doch auf, dass die Politik das Ohr nicht immer beim Volk hat.

Ich habe immer wieder gesagt, dass ich es höchst bedenklich finde, wenn zu viele Staatsangestellte, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen oder staatsnahen Betrieben im Landtag vertreten sind. Wie soll sich ein Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren, wenn die Gesetzgeber und somit diejenigen, die über das Geld wachen, selbst dort angestellt sind? Man wird sich selbst und seiner Klientel kaum wehtun.

Mit der Wahl der Unabhängigen wählt man keine geschliffenen Politiker, die mit blumigen Worten, mit Visionen oder gar multilateralen Träumereien aufwarten, sondern Leute, die den Mut haben, ihre ganze Kraft und ihre Überzeugung für Liechtenstein einzusetzen.

Gezielter Schuss daneben

Im Dezember meldete sich die Liechtensteiner Jägerschaft mit einer Anfrage an die Parteien, die damals gerade begonnen hatten, sich auf den Wahlkampf einzustimmen. Die Jagdgesetzänderung und die Anstellung von staatlichen Wildhütern werde im kommenden Landtag ein brennendes Thema sein, kündigte die Jägerschaft an.

Es verwundert also nicht, dass sich die Jägerschaft mit ihren Fragen zum geplanten Umbau des Jagdgesetzes an die Parteien bzw. an die Landtagskandidaten wandte, insbesondere nachdem die Fragen bei wahlhilfe.li nicht Eingang gefunden hätten.

Ganz kurz können die Unabhängigen die Fragen der Jägerschaft wie folgt beantworten: Wir sind gegen die Anstellung von Wildhütern. Weil wir dagegen sind, dass immer

mehr Aufgaben «in die Ämter» geholt und somit verstaatlicht werden, die zur vollsten Zufriedenheit von privater Seite, in diesem Fall von der Jägerschaft, erfüllt werden (können).

Was die endlose Wald-Wild-Debatte betrifft, sind wir uns sicher, dass auch eine Änderung des Jagdgesetzes zu keinem Happy End führen wird. Im Gegenteil: In der Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass die geplante Abänderung des Jagdgesetzes zu einer Verhärtung der Fronten zwischen Wildhütern und Waldhirten geführt hat.

Wenn aber die Förster und die Jäger schon aufeinander angelegt haben, dann führt das bestimmt zu keinem Volltreffer. Die geplante Abänderung des Jagdgesetzes ist ein gezielter Schuss daneben. (ps)

Welchen Teil der Aussage «Nein!» hat man nicht verstanden?

Mitte Dezember wurde in einer knappen Pressemitteilung der Regierung informiert, dass der «ÖBB-Infrastruktur AG eine neue Konzession für den Bau und Betrieb der Eisenbahninfrastruktur erteilt» habe. Was genau in diesem Vertrag der ÖBB zugestanden wird, wurde nicht ausgeführt.

Dabei hätte der Regierung mindestens seit der S-Bahn-Abstimmung Ende August klar sein müssen, dass eine Konzessionsverlängerung oder -erneuerung nicht dem Volkswillen entspricht.

Dem Wahlprogramm der VU kann man entnehmen, dass z.B. neben der Klimavision auch das Mobilitätskon-

zept 2030 umgesetzt werden soll. Eine Vision, ein Konzept umsetzen? Das tönt doch fast wie «wir werden unsere Träume verwirklichen» oder «die VU wird Luftschlösser bauen».

Im Abstimmungskampf wurde immer wieder behauptet, der Ausbau der S-Bahn sei das Rückgrat des Mobilitätskonzeptes. Mit dem Nein zur S-Bahn wurde dem Konzept also das Rückgrat entnommen.

Wie könnte die VU mit so einem Mobilitätskonzept noch vorwärtskommen? Hat die Partei, angeführt von Regierungschef-Kandidat Daniel Risch als Zugpferd, nicht verstanden, dass Nein genau das bedeutet: Nein! (ps)

Es gibt nur noch eine konservative Partei, die Unabhängigen

von Ado Vogt

Eine Analyse von wahlhilfe.li im Volksblatt vom 7. Januar 2021 zeigt eins deutlich auf: Es gibt nur noch eine konservative Partei in Liechtenstein: die Unabhängigen.

Der Grossteil der Kandidatinnen und Kandidaten beantworten die Fragen von wahlhilfe.li zu Gesellschaft, Finanzen, Wirtschaft und Kultur aus einer Perspektive links von der Mitte. Dass sich sogar die beiden Grossparteien VU und FBP diesem Zeitgeist anschliessen, ist wohl dem hohen Frauenanteil in ihrem Kandidatenteam zuzuschrei-

ben. Es muss reiner Wein eingeschenkt werden: In Liechtenstein gibt es nicht nur eine Partei, die Freie Liste, die seit drei Jahrzehnten konsequent links politisiert. Die beiden bürgerlichen Parteien FBP und VU sind mit der Zeit immer linkslastiger geworden, ohne dies offen zu sagen (oder vielleicht ohne dies selber zu merken).

Befinden sich VU und FBP somit auf dem Weg der Sozialdemokratie? Geht's abwärts mit ihnen wie mit der SPD in Deutschland und SPÖ in Österreich und SP in der Schweiz?

Oder sind die Wählerinnen und Wähler tatsächlich auch so weit links von der Mitte wie die meisten Kandidatinnen und Kandidaten von FBP, FL und VU?

Am Schluss entscheiden natürlich immer die Wählerinnen und Wähler, wo's langgeht.

Wir, die Unabhängigen, stehen für eine umsichtige Politik, ohne kostspielige Experimente, immer mit Einbezug des Volkes.

Wenn Sie gleich denken, wählen Sie die Unabhängigen.

A gruusige Gschecht: Die Starkstromleitung in Balzers / Brüel

von Ado Vogt

Voraus: Ich bin im Brüel aufgewachsen, mein Elternhaus steht in der letzten Reihe von Balzers und somit sehr nah an der Starkstromleitung.

Ich bin befangen, was die Verlegung der Leitung angeht. Deswegen habe ich mich in den vier Jahren als stv. Landtagsabgeordneter öffentlich dazu nicht geäußert,

um ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, hier mein politisches Mandat für persönlichen Ziele zu missbrauchen.

Die Geschichte um diese Starkstromleitung, mit den unzähligen Versprechungen in den letzten Jahrzehnten, ist nicht mehr objektiv nachvollziehbar. Der Vertrag über das «Durchleitungsrecht» wurde

von Liechtenstein gekündigt, nun kommt die Drohung seitens Swissgrid, über die politische Schiene und notfalls via Gericht diesen Entscheid hinauszuzögern. Man redet von Enteignungen und aufschiebenden Massnahmen, obwohl man 20 Jahre Zeit gehabt hätte, sich auf das Ende der Laufzeit vorzubereiten.

Anstatt in multilateralen Gremien Reden zu schwingen, die ausserhalb unserer Parteizeitungen nun wirklich keinen Menschen interessieren, könnten im Falle der Starkstromleitung die Politik und Ämter unsere Souveränität unter Beweis stellen.

Aber da müsste man anecken, sich hinstellen und sich unter Umständen unbeliebt machen.



«So – jätz ischt dia Schand endleg awäg!»

Die Landesverwaltung im Wahlkampf

von Jack Quaderer

Mir kommt vor, dass in Wahljahren immer besonders viele neue Stellen geschaffen werden. Das hat vermutlich System. Der Staat zeigt sich von der besten Seite und spannt die Landesverwaltung für den Wahlkampf ein. Stell' Dir vor: Wenn das so weiter geht, dann gehört die Landesverwaltung bald zu den grössten Arbeitgebern des Landes.

Schaut man sich die Wahlvorschläge der Parteien an, fällt auf, wie viele Staatsangestellte für die Landtagswahlen nominiert wurden, sogar Amtsleiter. Da darf man sich schon fragen, ob das normal ist? Ich frage mich, wer denn deren Arbeit macht? Muss man davon ausgehen, dass für Staatsangestellte, insbesondere Amtsleiter, die es in den Landtag schaffen, nochmals ein halbes Dutzend Leute einen Job bei der Landesverwaltung bekommen, zumindest einen befristeten?

Wenn sich ausser Staatsangestellten nur noch Rechtsanwälte oder Banker eine Kandidatur (und gegebenenfalls ein Mandat) leisten können, dann sollte sich der Landtag m. E. schnellstens mit sich selbst beschäftigen. Wer vertritt denn noch die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft?

Selbstverständlich haben Staatsangestellte wie alle anderen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das aktive und passive Wahlrecht. Sie dürfen genauso wählen und kandidieren wie alle andern auch. Trotz-

dem muss es dem Landtag möglich sein, sich klar von der Verwaltung abzugrenzen. Verwaltung und Landtag gehören getrennt und nicht vermischt.

Übrigens: Auch bei Sachabstimmungen mischen sich Staatsangestellte ein, so zuletzt geschehen in der Abstimmung zur S-Bahn. Manche Mitarbeiter des Bauamtes weibelten kräftig für den Verpflichtungskredit für die S-Bahn. Das geht zu weit.

Es ist also nicht übertrieben zu sagen, dass sich die Landesverwaltung über Gebühr in Wahlen und Abstimmungen einmischte. So wird der Landtag als Volksvertretung zum verlängerten Arm von Regierung und Verwaltung. Dabei müsste es umgekehrt sein: Regierung und Verwaltung sind die ausführenden Organe der Volksvertretung.

Damit der Landtag eine ausgewogene und dennoch effiziente Volksvertretung sein kann, muss er gestärkt und das Milizsystem überarbeitet werden. Wenn unser Parlament mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet wird, dann kann es in meinen Augen auch verkleinert werden.

du

die Unabhängigen - für Liechtenstein